

# Freie Fahrt für den gesunden Menschenverstand

**Verkehrskonzept** Vorstösse zwingen Verwaltung zu Umsetzungspause – der nächste Vorstoss ist bereits in der Pipeline

VON MARTINA RUTSCHMANN

Sie haben geschwitzt, geflucht, überlegt, die Mittagspause sausen lassen, nicht mehr weiter gewusst, bis eine Lösung in Sicht war, die sogleich von neuen Problemen überschattet wurde. Am Ende stand es aber, das Werk mit dem Namen «Verordnung betreffend die ausnahmsweise Zufahrt in die Innenstadt». Und jetzt soll die ganze Arbeit umsonst gewesen sein?

Seit dem 1. Januar gilt die Verordnung eigentlich, passiert ist seither aber nichts. Es stehen keine neuen Verkehrsschilder in der Innenstadt und Verkehrssünder werden nicht gebüsst, denn ohne entsprechende Signalisationen sind deren Sünden keine. Doch nach der Fasnacht im März beginne die etappenweise Montage der Schilder, hiess es. Dann gelte es ernst mit der autofreien City. Inzwischen ist vom Sommer die Rede.

**Dritte Version ist wahrscheinlich**

«Die Verwaltung wartet mit der Umsetzung, bis der Grosse Rat seine Haltung geklärt hat», teilten Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) sowie Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) am Dienstag mit. Der Hintergrund der Entscheidung ist ein bisschen Drama, ein bisschen Schwank.

Vor zwei Wochen präsentierte eine Gruppe von Parlamentariern von links bis rechts unter Federführung des Gewerbeverbands fünf Vorstösse zur Aufweichung des Verkehrskonzepts (siehe unten). Die Parlamentarier reagierten weniger auf den Widerstand in der Bevölkerung – der war mit vier Einsprachen eher gering –, sondern vielmehr auf Zweifel vonseiten des Gewerbes. Wie soll das gehen, wenn das Zeitfenster für Lieferanten noch enger wird? Und was



Und im Zentrum bleibt alles, wie es war: Autos werden noch eine Weile zum Stadtbild gehören. JURI JUNKOV

passiert mit Gewerblern, die auch tagsüber zu ihrem Geschäft fahren müssen? Die Liste der Fragen wuchs, jene der Härtefälle auch – und der Gewerbeverband handelte. Spät zwar, war er doch bei den Präsentationen zum Konzept dabei, aber nicht zu spät. Die Folge: der grosse Stopp.

Ein vorläufiger Stopp zwar, aber einer, der das Verkehrskonzept erneut teilweise über den Haufen werfen könnte, wie dies bereits mit der

ersten Version geschehen war. Die meisten Vorstösse dürften problemlos durchkommen, wenn sie im März oder April diskutiert werden. Vertreter der zwei grössten Fraktionen, der SP und der SVP, haben zwar keine Vorstösse eingereicht; SP-Fraktionspräsident Stephan Luethi-Brüderlin hatte sich gegenüber der bz aber positiv zu den Anliegen geäussert, nachdem diese vorgestellt worden waren. Auch SVP-Grossrat Joël Thü-

ring sagt: «Wir sind mit der Stossrichtung einverstanden.» Einzig das Anliegen der Grünen Mirjam Ballmer, ein privates City-Logistik-Modell aufzubauen, unterstütze die SVP nicht.

Ausserdem fehlt Thüring ein Vorstoss zu Notfalldienst-Regelungen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge dürfen Handwerker bei Notfällen zu jeder Tages- und Nachtzeit in die Innenstadt fahren. Wenn sie Pech haben, können sie aber trotz Notfall ge-

büsst werden. Allerdings bestünde die Chance, dass die Busse zurückgenommen wird – sofern die Handwerker den Notfall nachweisen können.

«Viel zu kompliziert», findet Thüring. Einfacher wäre seiner Meinung nach «ein geeignetes Signalement wie etwa eine Plakette für die betreffenden Handwerker», sagt er. Und kündigt gegenüber der bz an: «Ich werde einen Vorstoss einreichen.»

**Rückenwind für Brücke-Initiative**

Der politische Kampf findet allerdings nicht allein im Rathaus statt: Die Interessengemeinschaft Kleinbasel (IGK) fühlt sich durch den jüngsten Widerstand gegen das Verkehrskonzept bestärkt – und wird die Initiative gegen die vorgesehene Schliessung der Mittleren Brücke für

**«Ich werde einen Vorstoss zur Notfall-Regelung einreichen.»**

Joël Thüring, SVP-Grossrat

Autos voraussichtlich dieses Jahr einreichen, sagt IGK-Präsident Peter Winkler der bz. «Den Leuten wird langsam bewusst, was für Auswirkungen die autofreie Innenstadt hat, daher ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um aktiv Unterschriften zu sammeln.»

Politische Unterstützung erhält die IGK kaum – im Gegenteil: Bei allen Anpassungen und Änderungen betonen die meisten Grossräte, dass sie grundsätzlich für eine autofreie Stadt seien, bloss den «gesunden Menschenverstand» bei der Umsetzung vermissen. Zur Erinnerung: Der Vorschlag kam vor drei Jahren mit drei Vierteln der Stimmen durch.

## Poller-System für Kernzone

**Heiner Vischer (LDP)** will mit Pollern klarstellen, wer befugt ist, ins Zentrum zu fahren – und wer nicht. In seinem Anzug fordert er die Regierung auf, zu prüfen, welche Massnahmen ergriffen werden müssen, damit dem Grosse Rat bis spätestens 2015 ein **Poller-Konzept** vorgelegt werden kann.

## Gebührensysteem für Zufahrt

Die Zufahrt zur Innenstadt soll einfacher und günstiger als geplant werden, verlangt **Andreas Zappalà (FDP)** in seinem Anzug. Konkret geht es um **Gebühren für Kurzbewilligungen**, die es Handwerkern oder Marktfahrern erlauben sollen, die City ausserhalb der Güterumschlagszeiten zu befahren.

## Ausnahme für Ansässige

**Martina Bernasconi (GLP)** fordert, dass Unternehmen mit eigenem Produktionsbetrieb oder einer Verkaufsfiliale in der Kernzone zwecks Güterumschlag jederzeit zu ihrem Geschäft fahren dürfen. Allerdings soll dies nicht wie bisher mit den üblichen Autos geschehen, sondern nur noch **mit Ökofahrzeugen**.

## Längerer Güterumschlag

Die Motion von **Pasqualine Balmelli-Gallacchi (CVP)** will folgende Güterumschlagszeiten für die Innenstadt einführen: **Montags bis samstags von 5 bis 11 Uhr**. Das jetzige Konzept sieht kürzere Zeiten vor, so sollen Autos unter anderem samstags nur bis 9 Uhr in die Innenstadt fahren dürfen.

## City-Logistik-Modell

Die Grüne **Mirjam Ballmer** hat eine Motion für ein privatwirtschaftliches **Netz an Kurierbetrieben** eingereicht. Kurierfahrten sollen möglichst mit dem Velo erfolgen. Sollte dies nicht möglich sein, sollten Ökofahrzeuge erlaubt sein. Dafür soll eine bestimmte Anzahl Konzessionen vergeben werden.